



Basel-Stadt/Baselland

Rückwärts in die autogerechte Stadt?

Mit zwei Initiativen will der Gewerbeverband Basel-Stadt das Umweltschutzgesetz so ändern, dass einem Auto die gleiche Priorität eingeräumt würde wie einem vollbesetzten Tram und bei der Gestaltung des öffentlichen Raums die Autoparkplätze den Ton angeben dürften.

Die Initiativen kommen voraussichtlich schon 2018 vors Volk. Der Gipfel dabei: Der rot-grüne Regierungsrat ist nicht abgeneigt, sondern zeigt sich zuvorkommend. Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich für einen lebenswerteren Kanton Basel-Stadt und eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik einsetzen.

Die erste Initiative mit dem idyllischen Namen «Zämme fahre mir besser!» hat gar nichts mit Idylle zu tun. Sie will das Ende der Priorität von Bus und Tram im Stadtverkehr – und schränkt die Förderung des Velo- und Fussverkehrs in krasser Weise ein. Aus-

serdem kippt sie das Ziel der vom VCS miterkämpften Städteinitiative aus dem Gesetz, noch bevor es auch nur annähernd erreicht ist: Der platzraubende, dominante Autoverkehr soll nicht mehr um zehn Prozent reduziert werden. Zutreffender hiesse das Begehren «Zurück zur autogerechten Stadt!». Zurück zum Münsterplatzparkplatz? Sicher nicht mit uns.

Lebenslängliche Parkplätze?

Die Auto-Initiative Nummer 2 «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» will, dass Basel-Stadt so viele Autoparkplätze baut, wie nachgefragt werden. Einmal ge-

© VCS beider Basel



Was der Gewerbeverband unter «zämme fahre» versteht, ist sattem bekannt.

baut, dürften sie nie mehr aufgehoben werden, es sei denn durch Realersatz im Umkreis von 200 Metern. Der öffentliche Raum würde mit Parkplätzen mehr und mehr zugestellt. Denn mehr Parkplätze ziehen mehr Autoverkehr an, was wiederum die Nachfrage nach Parkplätzen erhöht. Der perfekte Teufelskreis. Es gibt gute Gründe, Parkplätze aufzuheben – zum Beispiel für bessere Sichtverhältnisse bei Fussgängerstreifen oder einen Radstreifen für mehr Velosicherheit. Doch solche Abwägungen wären in Zukunft kaum mehr möglich. «Zuerst der Parkplatz und danach die Sintflut» ...

Regierung mit Rückgrat gefragt

Der Grosse Rat überwies im Herbst die destruktiven, rückwärts gerichteten Initiativen zur Berichterstattung an den Regierungsrat. Dieser täte gut daran, den bestehenden Volksauftrag endlich ernst zu nehmen und den Auto-Anteil am kantonalen Verkehr auf ein erträglicheres Mass zu begrenzen. Und er sollte sich fragen, wie das städtische Gewerbe von so wohnefeindlichen Ideen profitieren soll.

Das rot-grüne Vorzeigeprojekt («Basel macht's besser») wankt. Will der Regierungsrat seine Glaubwürdigkeit bewahren, muss er sich den Auto-Initiativen unmissverständlich entgegenstellen.

Raphael Fuhrer, Co-Präsident

Mitgliederversammlung VCS beider Basel

Montag, 23. April 2018, in Basel. 18.15 Uhr Verbandsgeschäfte, 19.30 Uhr Apéro und öffentliche Veranstaltung zum Thema «Margarethenplatz – Neuer Zugang für den Bahnhof Basel SBB». Details per Briefpost und demnächst auf www.vcs-blbs.ch.

Apropos: Wir suchen neue Vorstandsmitglieder!

Petition «Euse 70er»

Seit dem Fahrplanwechsel verpasst der gut genutzte Bus von Reigoldswil durchs Föfiflibertal in Liestal die Züge nach Luzern, Bern und Zürich. Unterstützen Sie die SP-Petition für bessere Anschlüsse, online auf www.vcs-blbs.ch oder durch Bestellung des Unterschriftenbogens, 061 311 11 77 (bitte auch Telefonbeantworter benutzen). Danke!

Präsidentin/Präsident gesucht

Wer unserer Schwesterorganisation Pro Velo beider Basel vorsteht, arbeitet auch eng mit uns zusammen. Interessiert? beidebasel@pro-velo.ch, 061 363 35 35.

Samstag, 5. Mai 2018: Velomärt Basel

Wieder erhältst du als VCS-Mitglied eine Stunde früher, schon ab 9 Uhr, Einlass zum grossen, traditionellen Velomärt Basel. Bitte Ausweis mitbringen – und hereinspaziert in die Rundhofhalle 1 der Messe Basel (Eingang unter der grossen Uhr) am Messeplatz. Tausend Velos warten auf dich.

Neu: Wer ein Velo verkaufen will, kann dieses erstmals schon

zu Hause online einchecken. Der Ablauf vereinfacht sich, du vermeidest Wartezeiten bei der Annahme und bei der Auszahlung des Erlöses. Alles über den Velomärt 2.0 findest du unter:

www.velomaert-basel.ch

OK Velomärt von Pro Velo und VCS beider Basel



Velo-Charta statt Velo-Bashing

Ich gebe es zu: Ich bin schon mal zu schnell um eine Strassenecke geradelt und fast mit einer Fussgängerin zusammengestossen. Zum Glück ist nichts passiert, ich konnte die Sache mit einer ehrlichen Entschuldigung bereinigen. Die Situation auf gemischten Velo- und Fusswegen ist oft etwas unübersichtlich. Tatsache ist

aber auch, dass die Rücksichtslosen unter den Velofahrenden in letzter Zeit vermehrt in den Fokus gerückt sind.

Klagen über «Velo-Rowdys» füllen die Kommentarspalten von Online-Medien und prägen so auch die Problemwahrnehmung der Bevölkerung. Die meisten Velofahrer/innen gehören zwar nicht in den «Rüpel-Topf». Dennoch gilt es, die Reklamationen ernst zu nehmen. Gemeinsam mit Pro Velo beider Basel und Fussverkehr Region Basel gestalten wir eine Sensibilisierungskampagne (s. auch VCS-Magazin 2/17). In einer «Velo-Charta» sollen sich respektvolle Velofahrende – und diejenigen,

die es werden wollen – zu einem fussgängerfreundlichen Fahrstil bekennen können.

Als Praktikant beim VCS beider Basel werde ich die Kampagne in den kommenden Monaten vorantreiben. Ihre Inputs helfen mir bei der Ausarbeitung der Charta: Wie üben Sie persönlich gegenüber Fussgängerinnen und Fussgängern vom Velosattel aus Rücksicht (s. Kasten)? Wenn die Verletzlichsten im Verkehr sich untereinander gut vertragen, können wir uns gemeinsam den grössten Sicherheitsrisiken zuwenden. Die gehen unbestritten vom motorisierten Verkehr aus.

Damian Weingartner, Praktikant

Ihre ganz persönliche Regel für freundliches Velofahren?

Die Velo-Charta ist eine Selbstverpflichtung für Velofahrende, die explizit über die gesetzlichen Verkehrsregeln hinaus auf Fussgänger/innen Rücksicht nehmen wollen. Teilen Sie uns Ihren Vorschlag in Form einer «Ich ...»-Regel bitte bis Ende März mit an:

vcs.blbs@bluewin.ch oder VCS beider Basel, Gellertstrasse 29, 4052 Basel. Vielen Dank!



© Imagomax

Vollzugsnotstand im Baselbiet

Das Umweltschutzgesetz schreibt vor, dass an Orten, wo der Strassenlärm die sogenannten Immissionsgrenzwerte tagsüber und/oder nachts überschreitet, Lärmschutzmassnahmen an der Quelle zu ergreifen sind. Im Baselbiet erleichtert sich die Regierung ihre Aufgabe.

Bis Ende März 2018 sollten alle betroffenen Strassen lärmsaniert sein. Davon ist die Schweiz und auch das Baselbiet weit entfernt. Es herrscht ein eigentlicher Vollzugsnotstand: Die Umsetzung wird seit Jahren verschleppt, obwohl Strassenlärm nachweislich krank macht.

Besonders schädlich ist Lärm auch für die Konzentrations-, Lern- und Leistungsfähigkeit, was gerade bei Kindern und Jugendlichen alarmierend ist. Die volkswirtschaftlichen Lärmkosten (Gesundheitskosten, Wertverlust lärmexponierter Immobilien) sind enorm. Der Bund schätzt sie auf jährlich 1,9 Mia. Franken. Davon entfallen 1,55 Milliarden auf den Strassenlärm.

Fristverlängerung um 16 Jahre

Die Pflicht zur Lärmsanierung von Strassen besteht seit 1987 und hätte ursprünglich bis 2002 erfüllt sein müssen. Dann verschob der Bund das Ganze auf 2018. Nun sollte also auch im Baselbiet bald alles in Butter sein: beispielsweise dank Flüsterbelag oder einer Temporeduktion. Man rühmt sich hier, einer der «am weitesten fortgeschrittenen Kantone» zu sein: Von den 186 betroffenen Strassenkilometern seien 163 saniert. Doch der Verdacht erhärtet sich, dass bisher vorwiegend «Papiersanierungen» erfolgten, also keine tatsächliche Lärmreduktion. Der Kanton hat sich «Erleichterungen» zugestanden, wie er in seiner Antwort auf eine Interpellation

des Autors schreibt: Ausnahmebewilligungen, die es erlauben, trotz überschrittener Immissionsgrenzwerte keine Massnahmen zu treffen, falls diese als unverhältnismässig taxiert werden.

Erleichterung verschafft das nur dem Kanton. Denn die Pflicht zur Finanzierung von Lärmschutzfenstern besteht erst bei überschrittenem Alarmgrenzwert. Obschon das Bundesgericht 2016 entschied, dass Temporeduktionen durchaus verhältnismässig sein können, wurde in Baselland bisher kein einziges Mal Tempo 30 als Lärmschutzmassnahme umgesetzt. Es würden damit, heisst es, zu geringe Lärmreduktionen erreicht. Auch diese Ausrede ist nicht haltbar: Der Kanton hat ein untaugliches Berechnungsmodell verwendet.

Das kann teuer werden

Anwohner/innen von nicht sanierten übermässig lärmigen Strassen können den Kanton auf Schadenersatz verklagen, was

diesem Kosten in siebenstelliger Höhe bescheren kann. An der A22 oder A18 Wohnende beklagen sich seit Jahren wegen des unzumutbaren Lärms. Diese Autobahnen gehen 2020 vom Kanton an den Bund. Dessen Sanierungsfrist endete schon 2015 ... Der VCS ist an Erfahrungsberichten von Lärmgeplagten jederzeit interessiert.

Jan Kirchmayr, des.

Vorstandsmitglied, Landrat SP, Aesch

Egal, ob er unbemerkt bleibt oder Aufwachreaktionen auslöst: Lärm stört den Schlaf.



© pixabay.com